



## **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr**

### **34. Sitzung (öffentlich)**

3. April 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis Uhr 14:25 Uhr

Vorsitz: Dieter Hilser (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung 5**

Der Ausschuss beschließt, „Verschiedenes“ als Punkt 7 in die Tagesordnung aufzunehmen.

#### **1 Nordrhein-Westfalen braucht eine zielgruppen- und marktgerechte Wohnraumförderung 6**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/4551

Ausschussprotokoll 16/478

Stellungnahmen siehe Ausschussprotokoll 16/478

Der Ausschuss beschließt auf Wunsch der antragstellenden CDU-Fraktion, die abschließende Beratung und Abstimmung über den Antrag in die nächste Sitzung zu vertagen.

**2 Gesetz zur Neuregelung des Wohnungsaufsichtsrechts und einer wohnraumrechtlichen Vorschrift 7**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksachen 16/4379 und 16/4459

Ausschussprotokoll 16/480

Stellungnahmen siehe Ausschussprotokoll 16/480

Mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Piraten stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

**3 Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Immobilien- und Standortgemeinschaften 12**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/4232

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 16/5292

Ausschussprotokoll 16/484

Stellungnahme siehe Ausschussprotokoll 16/484

Der Ausschuss kommt überein, die abschließende Beratung und Abstimmung über den Gesetzentwurf in die nächste Sitzung zu vertagen.

**4 Planfeststellungen für den Bundes- und Landesstraßenbau in Nordrhein-Westfalen von 2000 – 2013 13**

Vorlage 16/1771

– Aussprache

13

**5 Vergabestopp und Rückholen von Planungsaufträgen durch den Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen von 2004 – 2014 15**

Vorlage 16/1770

Der Ausschuss kommt überein, diesen Punkt wieder auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

**6 Mobilität für alle! Sozialticket flächendeckend und zu fairen Konditionen in Nordrhein-Westfalen einführen 16**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/5277

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Durchführung einer Anhörung.

**7 Verschiedenes 17**

Der Ausschuss kommt überein, mit der Anhörung am 3. Juni zum Thema „Infrastruktur ÖPNV“ um 13:30 Uhr zu beginnen.

Der Ausschuss beschließt, die im Terminplan für den 25. September 2014 vorgesehene Sitzung auf den 18. September 2014 zu verschieben.

\* \* \*



### **3 Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Immobilien- und Standortgemeinschaften**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/4232

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 16/5292

Ausschussprotokoll 16/484

Stellungnahme siehe Ausschussprotokoll 16/484

**Vorsitzender Dieter Hilser** teilt mit, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei durch Plenarbeschluss vom 28. November 2013 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Kommunalpolitik, den Haushalts- und Finanzausschuss und den Wirtschaftsausschuss überwiesen worden. Die mitberatenden Ausschüsse hätten bisher nicht über den Gesetzentwurf beraten. Inzwischen liege für den Gesetzentwurf ein Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/5292 vor.

Er schlage vor, in der nächsten Sitzung über den Gesetzentwurf zu beraten und abzustimmen.

**Wilhelm Hausmann (CDU)** weist darauf hin, dass der Gesetzentwurf ohne den Änderungsantrag für seine Fraktion durchaus zustimmungsfähig sei. Wenn der Änderungsantrag nicht Gegenstand der Beratung wäre, könnte sehr schnell über den Gesetzentwurf abgestimmt werden.

**Vorsitzender Dieter Hilser** macht darauf aufmerksam, dass in der heutigen Sitzung noch nicht über den Gesetzentwurf abgestimmt werden könne, da die drei mitberatenden Ausschüsse noch nicht votiert hätten. Von daher müsse die Beratung über den Gesetzentwurf ohnehin vertagt werden. Er schlage vor, sich bis dahin Gedanken über den Umgang mit dem Änderungsantrag zu machen.

Der **Ausschuss** kommt überein, die abschließende Beratung und Abstimmung über den Gesetzentwurf in die nächste Sitzung zu vertagen.

